FREIE WÄHLER
STADTRATSFRAKTION KOBLENZ

Änderungsantrag zu TOP 4 ÖS am 06.09.2024

Die FREIE WÄHLER Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag zu TOP 4 ÖS, „Räumliche Verlagerung der Abteilung Migration und Integration des Ordnungsamtes zur Umsetzung des Lotsenhauses 2.0“ (Änderungen unterstrichen):

Der Stadtrat stimmt zur Umsetzung des „Lotsenhauses2.0“ der räumlichen Verlagerung der Abteilung Migration und Integration aus dem bestehenden Gebäude des Ordnungsamtes in anzumietende Flächen in der Rudolf-Virchow-Straße 11, 56073 Koblenz, unter dem Vorbehalt zu, dass die Mietdauer auf eine Laufzeit von **5 Jahren** zzgl. einer Verlängerungsoption von weiteren 5 Jahren festgesetzt wird.

Begründung:

In der Beschlussvorlage steht auf Seite 4, dass die Mietdauer auf eine Laufzeit von 10 Jahren festgesetzt werden soll, bei einer Miete von 22.000 € zzgl. MwSt. im Monat (rund 3 Millionen Euro Kosten auf 10 Jahre). Hintergrund für die Anmietung ist der gestiegene Platzbedarf. Waren es 2014 noch 14 Stellen, seien es aktuell 50 Stellen in der Abteilung Migration und Integration. Dieser Stellenaufwuchs sei auf die Flüchtlingsbewegungen der Jahre 2015 ff. und zuletzt auch auf die Folgewirkungen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine zurückzuführen.

Nach dem Anschlag von Solingen forderte der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) mehr Einsatz gegen irreguläre Migration: Dafür müsse "jede, wirklich jede Anstrengung" unternommen werden. Das Thema Zuwanderung und ihre Begrenzung "muss Priorität haben in den nächsten Jahren".

Der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, wichtig sei es, irreguläre Migration zu reduzieren. Dafür spielten feste Grenzkontrollen eine wichtige Rolle. Er sei dafür, diese Grenzkontrollen "so lange wie möglich fortzuführen".

Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) pocht darauf, dass es Zurückweisungen an den deutschen Grenzen geben soll.

Die FREIE WÄHLER Fraktion geht daher davon aus, dass es unabhängig davon, ob SPD oder CDU im Bund regieren, zu einer grundlegend anderen Migrationspolitik kommen wird und der Zuzug nach Deutschland somit in naher Zukunft nicht mehr in dem Maße stattfinden wird. Wenn die Zahlen dann sinken, werden auch diese Anzahl an Stellen nicht mehr benötigt. Der Bedarf wird logischer Weise in absehbarer Zeit nicht mehr bestehen. Eine Mietlaufzeit von 5 Jahren dürfte daher vollkommen ausreichend sein, die akuten Probleme zu lösen.